

Wanderungsbewegungen lassen sich nicht polizeistaatlich aufhalten. Die Grenzen werden illegal überwunden. Die Unternehmer profitieren von den Illegalen. In Südeuropa beim Obst- und Gemüseanbau, auf deutschen Baustellen, in der Gaststätten- und Tourismusbranche. Aber auch viele Familien kämen ohne die illegal in der EU lebenden Altenpflegerinnen - überwiegend Frauen aus Osteuropa, Asien und Lateinamerika - nicht aus. Aber anstatt die Zuwanderung zu regeln und die Migranten zu legalisieren, werden sie kriminalisiert. Denn für das Kapital besteht in den illegalen Zuwanderern ein ideales, weil rechtloses und überdurchschnittlich ausbeutbares Arbeitskräftepotential. Das Kapital nutzt ihre verzweifelte Lage, um sie zum Lohndumping und zum Aufbrechen und zur Deregulierung geschützter Arbeitsbeziehungen zu mißbrauchen.

Migration ist Menschenrecht

Das Flüchtlings- und Migrationsproblem läßt sich weder durch Militäreinheiten an den Grenzen Europas noch durch Quotenregelung für Einwanderer lösen.

- Nicht Kampf gegen die „Illegalen“, sondern gegen ihre Illegalität steht auf der Tagesordnung.
- Nicht Abwehr der Flüchtlinge, sondern Bekämpfung der Fluchtursachen sind das Gebot der Stunde.
- Nicht Abschottung und Verteidigung von „Privilegien“ gegen die noch Ärmern, sondern gewerkschaftliche und politische Organisation der Einwanderer, gleiche politische, soziale und kulturelle Rechte für alle weisen eine Perspektive.

- Nicht Nationalismus und Festungsmauern, sondern Solidarität mit den Volksbewegungen und den Regierungen, die einen alternativen Weg eingeschlagen haben. Nur internationales Zusammenwirken für die umfassende Verwirklichung der Menschenrechte und für Emanzipation sichern das Überleben aller.
- Nur eine Neue Demokratische Wirtschaftsordnung, Streichung der Schulden und Investitionen in Gesundheitswesen, Ausbildung, Beschäftigungsprogramme und Umweltschutz werden Lebensbedingungen schaffen, bei denen Migration nicht mehr die einzige, sondern eine von vielen Möglichkeiten ist. Dafür stehen wir Kommunistinnen und Kommunisten der DKP.



Ich will mehr Infos über die DKP	<input type="radio"/>
Ich will Mitglied der DKP werden	<input type="radio"/>
Name, Vorname:	
Straße:	
PLZ, Ort:	
eMail:	
Telefon:	
DKP, c/o KommTreff, Holzapfelstr.3, 80339 München	

Herausgeber: Kreisvorstand der DKP München, Holzapfelstr.3, 80339 München
v.i.S.d.P.: B.Bücking, Hofangerstr. 171, 81735 München, E.i.S.



Flüchtlinge schützen!



Fluchtursachen bekämpfen!



Für eine offene europäische Integrationspolitik!

Der Mensch geht vor Profit



www.dkp-muenchen.de
www.kommunisten.de

Deutsche Kommunistische Partei



www.european-left.org

Millionen sind unterwegs.

Die Einen, um ein paar Wochen aus dem täglichen Arbeitstrott auszusteigen. Die Anderen, auf der Flucht ums nackte Überleben. Die Einen träumen von einem schönen Urlaub. Die Anderen von einem besseren Leben, vielleicht sogar nur vom Überleben. Krieg, Folter, Armut und Umweltzerstörung lassen sie nicht mehr dort leben, wo sie geboren und aufgewachsen sind. Sie lassen Familie, Freunde, ihre Geschichte zurück, und machen sich auf den Weg.

Auf den Kanarischen Inseln, in Sizilien oder auf Malta treffen sie aufeinander. Die Einen kommen im Flugzeug. Die Grenzkontrollen sind, wenn überhaupt, reine Formalität. Die Anderen kommen in überfüllten Booten. Weil sie an den Grenzen zurückgewiesen und die Grenzkontrollen für sie immer engmaschiger werden, werden die Routen länger, die Boote kleiner und somit die Überfahrten noch gefährlicher. So dass die Touristen dann bisweilen über das Strandgut gekenterter Boote oder über angeschwemmte Leichen stolpern.

Das Meer, in dem die Einen baden, wird für die Anderen zum Massengrab.

Die kanarische Regionalregierung schätzt, dass etwa 6000 Menschen beim Versuch der Überfahrt ums Leben kamen. 2600 ertranken vor Sizilien.

1000 Leichensäcke, 6000 Matrasen

Die Europäische Union schiebt ihre Festungsmauern immer weiter nach außen. Die EU bietet den nordafrikanischen Mittelmeeranrainern wirtschaftliches Entgegenkommen, wenn die Flüchtlinge bereits von deren Polizei

und Militär abgefangen, eingesperrt und ins Elend zurückgeschoben werden. Die EU ist dabei behilflich. So wird in einem Bericht der EU-Kommission aufgelistet, was an Libyen zur Flüchtlingsabwehr geliefert worden ist: 1000 Leichensäcke, 6000 Matrasen, 40 Nachtsichtgeräte, sechs Geländewagen. Hinzu kamen Schulungen der libyschen Sicherheitskräfte. Libyen wünscht sich darüber hinaus Funkgeräte, Hubschrauber und andere Technik.

Festung Europa

Die von der EU gegründete Grenzschutzagentur FRONTEX - deren Budget bildet den am stärksten wachsenden Haushaltsposten der EU - verfolgt Flüchtlingsboote in den internationalen Gewässern und drängt sie zurück. Tag und Nacht sind bewaffnete Patrouillen im Einsatz. Nachtsichtgeräte, Wärmebildkameras und meterhohe Stacheldrahtzäune sichern die Grenzen Europas. Schnellboote, Hubschrauber und Flugzeuge sind ununterbrochen auf der Suche nach den unerwünschten Migranten.

In wenigen Jahren und fast unbemerkt von der Öffentlichkeit ist es der EU gelungen, die Festungsmauern höher zu ziehen, das Recht auf Asyl in den eigenen Grenzen fast abzuschaffen und das „Flüchtlingsproblem“ den Herkunfts- und Transitländern zu überlassen.

Menschenrechte, Flüchtlingskonvention - all das spielt keine Rolle. Menschen, die zuwandern, um Auskommen und Zukunft zu suchen, werden zu „Illegalen“ und Kriminellen gestempelt.

„Richtlinie der Schande“

Das Europaparlament hat am 18. Juni 2008 eine Richtlinie zur weiteren Verschärfung der Abschieberichtlinien

verabschiedet. „Illegale“ Einwanderer können künftig bis zu 18 Monaten in Abschiebehaft genommen werden. Für fünf Jahre ist ihnen die Wiedereinreise in die EU verboten. Eine „Richtlinie der Schande“ nannte der ecuadorische Präsident, Rafael Correa, diesen Beschluss und erinnerte daran, dass europäische Einwanderer über Jahrhunderte hinweg in Südamerika mit offenen Armen aufgenommen worden wurden.

Migration lässt sich nicht aufhalten

Trotz aller Verschärfungen und trotz der Milliarden Euro, die mittlerweile in die Grenzsicherung gesteckt wurden, lässt sich die Migration nicht wirklich aufhalten. Wer nichts zu verlieren hat, riskiert alles. Darüber hinaus sind viele „Illegale“ ganz legal eingereist und nach Ablauf des Visums einfach geblieben.

Die Massenmigration ist Folge von Krieg, Umweltzerstörung und Elend - Konsequenzen einer Globalisierung im Interesse der Multis. Der „liberalisierte Welthandel“ kommt vor allem den Multis zugute. Sie erobern neue Märkte und zerstören gleichzeitig die lokale Produktion in den armen Ländern. Deren Landwirtschaft und gesamte Ökonomie wird an den Bedürfnissen der kapitalistischen Zentren und der Multis ausgerichtet. Landflucht und Elend sind die Folge.

In einer Welt, in der die liberale Doktrin des internationalen Finanzkapitals den freien Fluß von Kapital, Dienstleistungen und Waren predigt, ist es nur konsequent, wenn auch die Ware Arbeitskraft dort hingehet, wo sie den besten Preis erzielen kann.